Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 282. Donnerstag, 5. Dezember 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 5 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige, zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das Republikschutzgesetz vor dem Reichstag.

Aeußerst stürmischer Verlauf. — Mehrfache Unterbrechung der Sitzung. Zahlreiche Ausschließungen kommunistischer Abgeordneter.

vdz. Berlin, am 4. Dezember, 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung der Mittwoch-Sitzung des Reichstages steht die **erste Beratung des**

neuen Republikschutzgesetzes

(Gesetz zum Schutze der Republik und zur Befriedung des politischen Lebens.)

Abg. **Torgler** (Komm.) beantragt, die Vorlage, die ein ausgesprochenes Anti-Kommunistengesetz sei, von der Tagesordnung abzusetzen, und dafür die Beratung über die Ablösung der Markanleihen fortzusetzen.

Abg. **Dr. Frick** (Nat.-Soz.) stimmt dem kommunistischen Antrag zu und beantragt außerdem die Abstimmung über den nationalsozialistischen Mißtrauensantrag gegen Minister Severing.

Gegen die Stimmen der Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten wird die **Aenderung der Tagesordnung abgelehnt.**

Abg. **Pieck** (Komm.) führt als erster Redner in der Beratung des Republikschutzgesetzes aus, es handele sich hier um ein Kommunistengesetz, mit dem Minister Severing das Bismarcksche Sozialistengesetz kopiert habe. Severing fühle sich als Gendarm der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft, aber es werde scheitern an dem geschlossenen Bloc der werktätigen Massen unter Führung der Kommunistischen Partei.

Abg. **Dr. Everling** (Dnat.) wirft der Regierung vor, daß sie **mit dem Stahlhelmverbot feindliche Waffen gegen die besten Deutschen angewandt habe. Der Terror gegen die Beamten beim Volksbegehren habe bis zum Nachtwächter gereicht.** Der Redner fragt den Minister, ob er nicht wenigstens beim Volksentscheid die Wahl- und Gesinnungsfreiheit schützen wolle. **Das neue Republikschutzgesetz sei ein Gesetz gegen die äußere Freiheit.** Das Gesetz könnte man überschreiben: „Wer merkt, daß dieses Gesetz faul ist, wird mit Gefängnis bestraft, wer es aber sagt, mit Zuchthaus!" Das Gesetz sei nicht nur verfassungsändernd, sondern verfassungskürzend. In traurigem Gedenken, so schließt der Redner, erinnern wir uns der Zeit, wo die Liebe des freien Mannes den Herrscherthron gründete. Heute ist es unsere Pflicht, den Willen zur Freiheit klar zu halten gegen die Tyrannei des Freistaates.

Ein Zwischenfall — Unterbrechung der Sitzung.

Als **Reichsinnenminister Severing** hierauf das Wort nehmen will, rufen die Kommunisten: „Mussolini!" „Henkerminister!", „Bluthund". Nach den ersten Worten des Ministers ruft Abg. **Neubauer** (Komm.): „Sie haben den Mut, Arbeiter zu morden!" **Entrüstungsrufe der Sozialdemokraten** antworten. **Vizepräsident v. Kardorff** ersucht die Kommunisten, den Minister ruhig anzuhören, der kommunistische Redner sei ja auch ruhig angehört worden.

Minister Severing durchdringt mit Mühe den Lärm und führt aus, der Vergleich mit dem Bismarckschen Sozialistengesetz sei unmöglich, denn der vorliegende Entwurf sei kein Ausnahmegesetz. Er fährt fort: „Sie dürfen nicht vergessen . . ." Darauf ruft ein Kommunist: „Daß Sie ein Henker sind!"

Von den Sozialdemokraten kommen **stürmische „Raus!"-Rufe gegen die Kommunisten.** Die Sozialdemokraten rufen dem Vizepräsident zu, er möge doch für Ruhe sorgen.

Vizepräsident v. Kardorff ersucht um Ruhe, aber der **Lärm bei den Kommunisten verstärkt sich.** Sie rufen dem Abg. **Dittmann** (Soz.) zu: **„Achtgroschenjunge!", als Dittmann** an den Vizepräsidenten herantritt. Schließlich ersucht Vizepräsident v. Kardorff einen kommunistischen Zwischenrufer, den Saal zu verlassen. Die Kommunisten fragen, wer denn gemeint sei. Der Vizepräsident bezeichnet schließlich den Abg. Dr. Neubauer, der sich auch zum Verlassen des Saales anschickt. **Der Lärm bei den Kommunisten steigert sich jedoch so,** daß Vizepräsident von Kardorff unter lautem Gelächter der Kommunisten seinen Platz verläßt und dadurch **die Sitzung unterbricht.**

In der Sitzungspause tritt der **Aeltestenrat** zusammen.

*

Nach halbstündiger Unterbrechung wird um 5½ Uhr die **Sitzung wieder eröffnet** durch den Vizepräsidenten **v. Kardorff**, der erklärt: „Wegen schweren Verstoßes gegen die Ordnung des Hauses fordere ich die Abgeordneten **Jadasch, Beutling und Papke auf, den Saal zu verlassen!" Diese drei kommunistischen Abgeordneten bleiben im Saale. Von den Kommunisten wird laut gegen die Ausweisung protestiert.**

Vizepräsident v. Kardorff erklärt, da die Ausgewiesenen im Saale geblieben seien, **unterbreche er die Sitzung um eine Viertelstunde.**

Bei Wiedereröffnung der Sitzung

bleiben die letzten drei Ausgewiesenen außerhalb des Saales. Abg. **Dr. Neubauer** (Komm.) sitzt wieder auf seinem Platz, da Vizepräsident v. Kardorff im Aeltestenrat selbst erklärt hat, daß dessen Ausweisung auf einem Irrtum in der Person zurückzuführen war.

Vizepräsident v. Kardorff eröffnet die Sitzung und **weist** den kommunistischen Abg. **Maddalena aus dem Saale.** Er teilt mit, daß die Abgeordneten **Jadasch, Beutling** und **Papke** sich den **Ausschluß auf acht Sitzungstage zugezogen** haben.

Als **Reichsinnenminister Severing** wieder an das Rednerpult tritt, ruft Abg. **Koenen** (Komm.): „Nieder mit dem schändlichen Arbeitermörder Severing!" Koenen wird aus dem Saale gewiesen und die **Sitzung auf fünf Minuten unterbrochen.**

Vizepräsident v. Kardorff eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß Abg. **Koenen** sich den **Ausschluß für acht Sitzungen** zugezogen habe. Er fordert den immer noch im Saale anwesenden Abg. Koenen auf, nunmehr den Saal zu verlassen. Abg. Koenen ruft: **„Der Bluthund, Severing, darf nicht zum Wort kommen! Nieder mit ihm!"** Die Kommunisten klatschen Beifall. Vizepräsident v. Kardorff verläßt seinen Platz und **unterbricht die Sitzung.** Abg. Koenen bleibt auf seinem Platz.

Die meisten sozialdemokratischen Abgeordneten verlassen in der Sitzungspause den Saal. Während die Publikumstribünen geräumt werden, rufen die Kommunisten hinauf: „Das ist Freiheit der Republik! — Severing soll sich schämen! Rot Front!" Etwa zehn junge Tribünenbesucher antworten mit dem Ruf „Rot Front!", bevor sie die Tribünen verlassen. — Bald darauf aber verlassen auch verschiedene Kommunisten mit dem Abg. Koenen den Saal.

Die Sozialdemokraten lachen laut und rufen den Kommunisten zu: „Ihr Feiglinge!"

Abg. **Koenen** (Komm.), der während der Pause den Saal wieder betreten hatte, wurde durch eine **Polizei-Abteilung aus dem Hause geführt.** Eine zweite Polizei-Abteilung wandte sich gegen die übrigen **kommunistischen Abgeordneten,** um einen etwaigen Befreiungsversuch zu verhindern.

*

Nach dreivierteilstündiger Pause

eröffnet **Vizepräsident v. Kardorff** die Sitzung wieder und erteilt dem **Minister Severing** das Wort. Ehe der Minister zum Wort kommt, tritt der linke **Kommunist Frölich** vor und gibt eine **Protest-Erklärung** ab, die durch die Glocke des Vizepräsidenten übertönt wird. Frölich verläßt dann den Saal.

Die Kommunisten weisen auf die leere Publikumstribüne und machen dem Präsidenten lärmende Zurufe.

Vizepräsident v. Kardorff fordert die kommunistischen Abgeordneten Stöcker, Torgler, Heckert, Rädel, Blenkle und Dr. Neubauer auf, den Saal zu verlassen. Die Ausgewiesenen fügen sich dieser Aufforderung nicht.

Abg. **Heckert** ruft: **„Wir denken nicht daran, diesen Saustall zu verlassen!"**

Vizepräsident v. Kardorff unterbricht nochmals die Sitzung durch Verlassen des Präsidentenstuhles.

In der Pause sehen Präsident Löbe und Vizepräsident von Kardorff das Reichstagshandbuch durch. Abg. Dr. Alexander (Komm.) ruft: „Habt Ihr noch nicht alle beisammen, die Ihr rausschmeißen wollt!"

*

Vizepräsident v. Kardorff eröffnet die Sitzung wieder und weist wegen großer Ordnungsverletzung die kommunistischen Abgg. **Hoernle, Münzberger, Gräf-Dresden, Kippenberger, Pfeiffer** und **Geschke aus dem Saale.** Die Kommunisten antworten mit Protestrufen. Der Vizepräsident stellt fest, daß die Ausgewiesenen noch im Saale seien. **Er unterbricht die Sitzung um fünf Minuten.**

*

Nach dieser Pause **eröffnet unter lauten Ab-Rufen Präsident Löbe** die Sitzung.

Er erteilt dem Minister das Wort.

Die Abg. **Frau Overlach** (Komm.) ruft: „Die arbeitenden Frauen klagen Sie an . . ." **Frau Overlach wird aus dem Saale gewiesen** und fügt sich der Aufforderung.

Reichsinnenminister Severing

kann sich endlich verständlich machen und führt aus: Man wird von mir nicht erwarten, daß ich auf die Anwürfe antworte, die in kommunistischen Zurufen gegen mich gerichtet worden sind. Eine Ausnahme mache ich nur mit dem Abg. **Koenen.** Er hat mir **Arbeitermord vorgeworfen,** während des Kapp-Putsches. Nach dieser Zeit aber hat er sich wiederholt nächtlicherweile an mich gewandt, hat mich auf die Zusammenziehung schwarzer Formationen aufmerksam gemacht und gefragt, ob die preußische Polizei wohl imstande sein werde, die Faschisten niederzuschlagen.

Die **kommunistischen Abgg. Dahlem, Leow** und **Thesen,** die bei dieser Stelle der Rede laute Zwischenrufe machen, werden vom Präsidenten Löbe **aus dem Saale gewiesen.** Sie fügen sich der Ausweisung, Präsident Löbe erklärt unter dem Beifall der Mehrheit, er wolle schon in der morgigen Sitzung eine **Verschärfung der Ordnungsbestimmungen vorschlagen.**

Minister Severing fährt fort: Ich habe in der Tat die Bewaffnung proletarischer Hundertschaften abgelehnt, und die sogenannten proletarischen Kontrollkommissionen aufgehoben. Diese Kommunisten gingen nämlich nur in die Läden kleiner Gewerbetreibenden, nicht aber in die Kontore der großen Trusts und Konzerne. Ich bin ein Gegner des Faschismus, aber der Kampf gegen ihn kann nicht geführt werden nach dem System der Kommunisten, die auffordern, jeden Faschisten niederzuschlagen. Die Vollmacht zu bewaffneter Aufrechterhaltung der Ordnung kann nur staatlichen Organen gegeben werden.

Das vorliegende Gesetz richtet sich gegen alle, die mit Gewalt oder mit Beschimpfungen die Staatsordnung und den Staat bekämpfen. Dabei wird kein Unterschied zwischen rechts und links gemacht. Daß dieses Gesetz kein Ausnahmerecht gegen die eine Seite schaffen will, ergibt sich schon daraus, daß heute der deutschnationale Abgeordnete Dr. Everling die Vorlage mit der gleichen Schärfe bekämpft hat wie der kommunistische Abg. Pieck. Diese Angriffe von rechts und links heben sich gegenseitig auf. **Wenn man von rechts und links sich entschlösse, den politischen Kampf nur mit geistigen Waffen zu führen, dann hätten wir ein Republikschutzgesetz nicht nötig.** Auf die Interpellation wegen des **Stahlhelmverbots** werde ich im Ausschuß die Antwort erteilen, durch die Vorlage eines Weißbuches, in dem ich die vielen Fälle aufführen werde, in denen der westdeutsche Stahlhelm gegen die Staatsordnung verstoßen hat. Diese Organisation wollte eine innerpolitische Macht aufrichten, um einen Kampf gegen die Staatsordnung nach mussolinischem Muster zu führen. Eine zweite Interpellation fragt nach den Kosten, die das Reich für die **Agitation gegen das Volksbegehren** aufgewandt habe. Wir weichen dieser Frage nicht aus. Die Reichsregierung steht zu diesen Ausgaben, für die sie demnächst beim Haushaltsausschuß Indemnität nachsuchen wird. In einem Nachtragshaushalt werden **500 000 Mk. angefordert** werden. Die Ausgaben der Agitation gegen die sinnlose Aktion des Volksbegehrens stehen aber in keinem Verhältnis zu den Kosten, die Herr Hugenberg mit seiner Aktion selbst dem Reiche aufgebürdet hat. **Das Volksbegehren kostet 500 000 Mk. und der Volksentscheid wird ungefähr 2½ Millionen kosten.** (Lebh. hört! hört!) Der Stahlhelmführer hat bereits mehrere neue innerpolitische Volksbegehren angekündigt.

Wir werden eine Revision der Reichsstimmordnung und des Volksentscheides nach der Richtung vorschlagen, daß, wer so leichtsinnig Volksbegehren heraufbeschwören, auch für die Kosten aufkommen muß. (Lebh. Beifall bei der Mehrheit.) Der Abg. Dr. Everling hat mich vor kurzem einen Fanatiker genannt. Ich akzeptiere das mit einer Ergänzung: Fanatiker republikanischer Pflichterfüllung. Das will ich sein und bleiben! (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit.)

Ein **Antrag Dr. Frick** (Nat.-Soz.) **auf Vertagung der Sitzung wird abgelehnt.**

Abg. **Dr. Bell** (Ztr.) bedauert, daß ein Republikschutzgesetz überhaupt notwendig sei. Die Kritik der Abgg. Dr. Everling und Pieck schieße weit über das Ziel hinaus. Von Verfassungswidrigkeit der Vorlage könne keine Rede sein. Das Zentrum behalte sich vor, im Ausschuß Verbesserungsanträge zu stellen.

Abg. **Dr. Wunderlich** (DVp.): Man mag zu der Staatsform stehen wie man will; keiner kann die Notwendigkeit verneinen, die bestehende Staatsform und die geltende Reichsflagge zu schützen. Die Kritik des Abg. Dr. Everling berührt sonderbar angesichts der Tatsache, daß die Deutschnationalen an erster Stelle den Antrag unterschrieben hatten, der das frühere Republikschutzgesetz verlängern wollte. Gegen Einzelheiten der Vorlage haben wir manche Bedenken, auf die wir im Ausschuß zurückkommen werden.

Abg. **Stampfer** (Soz.): Wir werden im Ausschuß mitarbeiten, die Tendenz des Gesetzes zu verwirklichen, die Republik zu schützen. Herr Dr. Everling hat gegen das Gesetz große Worte vorgebracht, hat von Tyrannen gesprochen, von Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Das sagt der Angehörige derselben Deutschnationalen Volkspartei, deren Parteiführer Hugenberg nach dem Zeugnis vieler seiner Parteiangehörigen keine Meinungsfreiheit aufkommen läßt. Von Metternich haben die Vorfahren der jetzigen Deutschnationalen nicht so verächtlich gesprochen, wie es Dr. Everling jetzt tut. (Ein Deutschnationaler Abgeordneter ruft: „Wo waren denn Ihre Vorfahren?") Mein Vater hat auf den Barrikaden gekämpft.

Der Deutschnationale Abgeordnete ruft: „Wo denn?" — Stampfer: „In Wien gegen Metternich!" — Der Deutschnationale: „Also in Galizien!"

Der sozialdemokratische Abg. **Tempel** wendet sich erregt gegen den deutschnationalen Zwischenruf. Präsident Löbe **weist den Abg. Tempel aus dem Saale.** Abg. Tempel fügt sich dieser Aufforderung.

Abg. **Dr. Jörissen** (Wirtschaftspartei) erkennt die Notwendigkeit an, die Staatsform und die Verfassung zu schützen.

Abg. **Emminger** (Bayr. Vp.) erinnert daran, daß seine Partei gegen das erste Republikschutzgesetz die schwersten Bedenken geäußert habe. Inzwischen sei das Gesetz aber in wesentlichen Punkten verbessert worden.

Die Abgg. **Frick** (Nat.-Soz.) und **Hänse** (Christl.-Nat. Bauernpartei) lehnen das Gesetz ab.

Die **Vorlage wird hierauf dem Rechtsausschuß überwiesen.** Nachdem das Auslieferungsgesetz noch in dritter Lesung erledigt worden war, vertagte sich das Haus auf Donnerstag vormittag 11 Uhr.

SLUB
Wir führen Wissen.